# Das Gold und die Arbeit : unsere Wechselkurspolitik

Autor(en): **Spindler, Albert**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **2 (1947)**

Heft 3

PDF erstellt am: **03.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-889949

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

**Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

**http://www.e-periodica.ch**

# Das Gold und die Arbeit

## Unsere Wechselkurspolitik

ALBERT SPINDLER

Vorerst und vorweg danke ich dem Bundesrat für die in seinem 34. Bericht über die gegenüber dem Ausland erlassenen wirtschaftlichen Maßnahmen und der Nationalbank für die mir in ihrem 39. Geschäftsbericht über das Jahr 1945 zur Begründung meiner Interpellation wegen unserer Wechselkurspolitik zur Verfügung gestellten Belege und Unterlagen.

Im Jahresbericht unserer Nationalbank heißt es auf Seite 19 über das Ziel der Wechselkurs- und Währungspolitik unserer Geldverwaltung:

> «Da die wirtschaftliche Existenzgrundlage der Schweiz in hohem Maße im Ausland verankert ist, sind stabile Wechselkurse für unser Land von ganz besonderer Bedeutung. Daneben ist auch der Gestaltung der Kaufkraft des Geldes im Inland alle Aufmerksamkeit zu schenken. Das Bestreben der Notenbank geht beständig dahin, ihre Währungspolitik nach diesen beiden Zielen auszurichten, soweit dies überhaupt möglich ist.»

Ganz dieser Ansicht, vertreten wir im Unterschied zur Nationalbankverwaltung und dem Bundesrat nur den Standpunkt, daß der Stabilisierung der Kaufkraft unseres Geldes, d. h. der durchschnittlichen Lebenshaltungskosten, die Priorität gehört, da von ihrer Veränderung die ganze Inlandwirtschaft beeinflußt wird. Wie jedoch die Praxis und die unwiderleglichen Tatsachen beweisen, sind die Ziele unserer Nationalbank bis heute nur fromme Wünsche geblieben. Die Preise sind trotz Preiskontrolle und Rationierung auch während und nach dem zweiten Weltkrieg gestiegen. Wenn unter einem Dampfkessel fröhlich darauf losgeheizt wird, genügt es eben nicht, sondern ist im Gegenteil gefährlich, den wachsenden Druck durch Schließen der Ventile herabsetzen zu wollen. Der Bundesrat bestätigt das, wenn er auf Seite 18 seines Berichtes feststellt:

> «Die wirtschaftlichen Eingriffe wie Preiskontrolle oder Exportkontingentierung wären nutzlos, wenn auf der andern Seite der Zahlungsmittel-

umlauf unter dem Einfluß des Kapitalzustromes beliebig ansteigen könnte.»

Ganz einverstanden! Sagen wir jedoch ganz aufrichtig und den Tatsachen entsprechend, daß bei uns, trotz den bittern Erfahrungen in den Jahren 1914—1920, die Geldmenge, d. h. die Nachfrage, auch während dem zweiten Weltkrieg verdoppelt wurde, während das Angebot durch die verminderte Einfuhr und die zufolge Rohstoffmangels und Militärdienstleistungen kleiner gewordene Produktion zurückging. Durch die Preiskontrolle und die Rationierung ist nur verhindert worden, daß die Preise nicht noch mehr gestiegen sind. Im Jahr 1938 zu 100 angenommen, betrug die Geldmenge im Jahre 1946 nach den Angaben des Bundesrates auf Seite 19 seines Berichtes 154. Da, wie Herr Bundesrat Stampfli soeben nachgewiesen hat, auch der Geldumlauf einen entscheidenden Einfluß auf die Preise hat, verläuft sonst die Preisentwicklung nicht parallel der Vermehrung oder Verminderung der ausgegebenen Geldmenge. In diesem Fall ist es aber doch auffallend, daß auch der Lebenskostenindex Ende Januar 1947 genau gleich hoch, nämlich auf 154 stand. Im Jahre 1938 waren schon für 1751 Millionen Franken Banknoten ausgegeben worden. Trotzdem schon dieser Betrag nach den Verkehrsbedürfnissen zu hoch war, wurden nach und nach immer mehr Banknoten ausgegeben, bis es im letzten Jahr — ohne die in Turin hergestellten Tausendernoten — für 4090,7 Millionen Franken Banknoten waren. Bundesrat und Nationalbank begründen diese Geldschöpfungen mit dem großen Goldzustrom während und nach dem Kriege. Der Bundesrat schreibt auf Seite 17 über die Wirkung dieses Goldzuflusses auf die Preise:

«Jeder Golderwerb der Nationalbank zwingt diese, einen entsprechenden Betrag in Franken auszuzahlen. Wenn die ausgegebenen Zahlungsmittel die normalen Bedürfnisse des Verkehrs überschreiten, kann der Überfluß inflatorische Wirkung auslösen.»

Um eine Teuerung zu verhindern, hätte das kleinere Angebot eine Verminderung der ausgegebenen Geldmenge nötig gemacht. Statt zurückgezogen, wurden mehr Banknoten ausgegeben. Wie kann man da noch überrascht sein, daß die Preise zum großen Nachteil der Lohnempfänger und der wirklich auf ihre Sparbatzen Angewiesenen stiegen? Es bestätigte sich also auch für unser Land die von Professor Dr. Bosshard im St.-Galler Tag-

blatt Nr. 570 vom 4. Dezember 1946 für die ganze Welt gekennzeichnete Situation:

«Wie im ersten, so haben auch im zweiten Weltkrieg Inflationen weltweiten Ausmaßes die nationalen Preisniveaus wiederum in die Höhe getrieben, die Kaufkraft der Geldeinheit neuerdings vermindert und gleichzeitig die Wertverhältnisse der nationalen Geldeinheiten untereinander stark verändert. Keine einzige Währungseinheit besitzt mehr die Kaufkraft von 1938, geschweige denn von 1914. Jede hat einen mehr oder weniger großen Teil ihres früheren inneren Wertes eingebüßt. Aber diese Kaufkraftverwässerung ging in den einzelnen Ländern in sehr ungleichem Grade vor sich und wir stehen daher vor dem schweren Problem **nicht nur einer allgemeinen, sondern einer differenzierten Geldentwertung.** Dabei sind erst in wenigen Fällen die Wechselkurse dem wirklichen Grade der inneren Entwertung angepaßt worden. Um unser Land herum z. B. haben wir es durchwegs mit Währungen zu tun, deren offizielle Paritäten trotz teilweise erheblichen Abwertungen im Vergleich zu ihrer Binnenkaufkraft als übersetzt erscheinen und die also vorläufig als relativ überwertet betrachtet werden müssen. Dies trifft sicherlich nicht nur für unsere Nachbarländer Frankreich, Italien, Oesterreich — von Deutschland nicht zu sprechen — zu, sondern auch für die meisten ost- und südeuropäischen Länder und möglicherweise auch für Belgien und die Niederlande.»

Das trifft nach meinem Dafürhalten auch für den Dollar und das englische Pfund zu. Nach den Indizes müßte zwar unser Franken gegenüber dem Dollar eher weniger Wert haben. Der Markt beweist jedoch das Gegenteil. Man darf eben nicht übersehen, daß die Indizes durch die Preiskontrolle verfälscht werden und nicht die eigentliche Kaufkraft eines Geldes spiegeln. Das zeigte sich in den USA, wo die Preiskontrolle aufgegeben wurde. Nach den Angaben von Schatzkanzler Dalton im Dezember des letzten Jahres vor dem Unterhaus betrug der Großhandelsindex in den Vereinigten Staaten, im Jahre 1945 zu 100 angenommen, im März 1946 102, im September 116 und im November 130. Gestützt auf diese Tatsache stellte er fest, daß der Rest des Anleihens von 3,15 Milliarden demzufolge 23 Prozent an Kaufkraft verloren und deshalb nur noch einen Kaufwert von 2,43 Milliarden Dollars habe. Es ist so, wie das Professor Dr. Ammon am 16. Oktober 1946 in der «Metallarbeiter Zeitung» festgestellt hat, daß der Dollarkurs von zirka 4,30 entweder früher nicht gestimmt hat oder dann jetzt nicht stimmt. Er stellt dann — ich möchte das hervorheben — vor der Abschaffung der Preiskontrolle in den USA die Frage:

«Und wenn die Preise in den USA weiter steigen, wird man auch dann

noch am bestehenden Dollarkurs festhalten und die Teuerung ihren Fortgang nehmen lassen?»

Es ist die gleiche Frage, die der Bundesrat selber am 6. Juni 1925 im Schweizerischen Handelsamtsblatt stellte, wenn er dort wörtlich ausführte:

«Seit Mitte 1921 erfreut sich das inländische Preisniveau in den Vereinigten Staaten, gemessen am Kleinhandelsindex, einer Stabilität, die sonst nirgends zu finden ist. Diese Festigkeit ist kein Zufall, sondern eine bewußte, vom Federal Reserveboard beabsichtigte. Indem wir nun seit 1923 darauf ausgingen, den Frankenkurs auf die Parität mit dem Dollar zu bringen, wollten wir an dieser Preisstabilität teilnehmen, überzeugt, daß die USA die Stabilisierungspolitik fortsetzen würden. Bis Mitte 1924, also volle drei Jahre, hat die Festigkeit der Kleinhandelsindexziffer angehalten. In jüngster Zeit ist sie im Zusammenhang mit der dortigen Geldflüssigkeit ein klein wenig gestiegen. Indem wir seit einiger Zeit die Goldparität festhalten, beginnt jene Goldflüssigkeit sich bereits auch in der Schweiz geltend zu machen. Sollte die Aufwärtsbewegung der Preise in der Schweiz weitere Fortschritte machen und die Bevölkerung stark beunruhigen, so müßte die Frage neuerdings überlegt werden, ob wir nicht auf die Stabilisierung des Dollars zugunsten des inneren Preisstandes verzichten sollten.»

In dieser Situation befinden wir uns heute. Der ganze Unterschied ist der, daß der Großhandelsindex in den Vereinigten Staaten letztes Jahr in einigen Monaten viel mehr gestiegen ist als in den drei Jahren 1922—1925. Nach der von Professor Dr. Boßhard genau gezeichneten und den Tatsachen entsprechenden Lage kann es sich nicht darum handeln, unsere Wechselkurse auf der ganzen Linie einfach um einen gewissen Prozentsatz hinaufzusetzen. Um zu einem möglichst gerechten Austausch zwischen Leistungen und Gegenleistungen zu kommen, müßte möglichst jeder Kurs auf Kaufkraftparität festgesetzt werden. Solange das, wie heute, nicht der Fall ist, werden Fälle wie der in der «Berner Tagwacht» vom Dienstag, den 18. März geschilderte, weiter vorkommen. Dort wurde nämlich festgestellt, daß Devisenschmuggler pro Woche — wenn man dem noch so sagen kann — rund 20 000 Pfund, also gegen 400 000 Schweizerfranken «verdient» haben. Soweit die «Berner Tagwacht». Wo einer gewinnt, ist in der Regel auch einer, der verliert. Es ist wirklich so, wie das im Gotthardbrief Nr. 124/125 vom November 1946 festgestellt wurde:

«Als Schlußbilanz einer sich endlos drehenden Inflationsspirale wird es neben einem kleinen Kreis von Spekulanten und Konjunkturgewinnlern nur Verlierende geben.»

Aber nicht nur das. Die Inflation der andern Länder wird, wie das der Bundesrat selber zugab und bestätigt, über die festen Wechselkurse auch auf unser Land übertragen, wie in den dreißiger Jahren der in fast allen Ländern durchgeführte Preis- und Lohnabbau. Steigen in einem Lande, mit dem uns ein fester Wechselkurs verbindet — z. B. in den Vereinigten Staaten — die Preise, dann müssen wir entweder diese Preissteigerung mitmachen oder den Frankenkurs erhöhen. Geschieht das, wie heute bei uns, nicht, dann entstehen Spannungen und Eldorados für Schieber und Spekulanten.

Ich weiß, wie wichtig es für den Handel, die Schuldner und Gläubiger ist, feste Außenwerte und einen ebenso stabilen inneren Frankenwert zu haben. Während wir nun aber, solange wir eine eigene Geldverwaltung haben, den inneren Wert des Frankens selber bestimmen und fixieren können, hängt der Wechselkurs von der Währungspolitik des betreffenden Landes ab. Würden alle Regierungen den inneren Wert ihres Geldes stabilisieren, hätten wir die erwünschten festen Wechselkurse. Wird dagegen in Ländern wie Frankreich und Italien die Kaufkraft des Geldes durch Preissteigerung entwertet, bleibt uns wirklich nichts anderes, als unsere Preise auch entsprechend zu erhöhen oder dann den Kurs zu ändern und, wie es gerecht und billig ist, für ein solches Geld wenige Franken zu zahlen.

Abschließend bleibt mir noch zu sagen und zu beweisen, daß eine Währungspolitik, die sich wie die unsrige zum Ziele setzt, den Innenwert des Frankens zu stabilisieren, mit der Goldwährung unvereinbar ist und nie erreicht werden kann. Herr Dr. Boßhard, Profsesor an der Handelshochschule in St. Gallen, stellt selbst als Befürworter der Goldwährung auf Seite 16 seines Buches «Wesen der Goldwährung und Voraussetzungen ihres Wiederaufbaues» fest:

> «Es wohnt dem Gold keine materielle Kaufkraftstabilität inne.»

Auf Seite 22 schrieb er sogar:

> «Der Gedanke eines festen inneren Geldwertes der Landeswährung ist dem Sinn und Wesen der Goldwährung durchaus fremd, muß es sein; in der Goldwährung ist kein Platz für nationale Festwährungen.»

Es stellt sich in der Tat für uns die Frage, wie lange wir unseren Franken noch an das Gold gebunden halten und damit

den großen Wertschwankungen des Goldes und den Einflüssen der internationalen Schieber und Spekulanten ausliefern wollen. Hatte nämlich das Gold im Jahre 1895 eine Kaufkraft von 100, betrug sie 1920 nur noch 20 und stieg dann bis 1933 wieder auf 43. So sieht das Fundament unserer gesunden Währung bei Licht besehen aus. Wer wagt es da noch, von einer gesunden und soliden Währungsgrundlage zu reden? Prof. Boßhard stellt deshalb auf Seite 53 seines, wie gesagt für die Goldwährung geschriebenen, Buches sogar in Sperrdruck fest:

> «Wenn es sich um allgemeine und gleichmäßige Veränderung aller Warenpreise handelt, kann mit Sicherheit angenommen werden, daß die Störung des Austauschverhältnisses in der Hauptsache auf einer Änderung des Geldwertes beruht, was bei Goldwährung gleichbedeutend ist mit einer Änderung des Goldwertes.»

Ich frage Sie: sagte da Dr. Christian Gasser im Blick auf diese Feststellungen und Tatsachen zuviel, wenn er im bereits genannten Gotthardbrief im November 1946 fragte:

> «Warum eine Währung an den Preis des Goldes gehängt werden soll, ist bei vorurteilsloser Betrachtung völlig unerfindlich.»

Und nun hören Sie, was er diesbezüglich weiter sagte:

> «Das ist etwa, wie wenn die Einheit des Längenmaßes in einem Negerstaat vom sicher veränderlichen Bauchumfang des Hauptlings abhängig wäre.»

Diese humoristische Feststellung von Dr. Gasser wäre zum Lachen, wenn sie nicht auch bei uns für viele tausend Bauern- und Handwerkerfamilien den Verlust der Existenz zur Folge gehabt hätte. Dazu kommt, daß eine Währung durch die Bindung an das Gold der internationalen Spekulation ausgeliefert wird.

Im Blick auf die von uns nach dem ersten Weltkrieg am Silber erlittenen Verluste von rund 120 Millionen Franken will ich nur am Rande auf mögliche, viel größere Verluste aufmerksam machen, die uns durch Goldwertsenkungen blühen können. Ich schließe dieses Kapitel mit einer Feststellung im Genossenschaftlichen Volksblatt aus dem Jahre 1936:

> «Der Tanz um das goldene Kalb durch die alten Juden, die sich einmal frei von des Moses Fuchtel ausleben wollten, war ein blasses Kinderspiel gegen die Tollheiten der modernen Anbetung des Goldes.» —

Wer es nicht glauben sollte, den sollte man mit einem Haufen Gold mitten in die Sahara setzen, bis er zur Einsicht kommt,

daß das Geld seinen Wert nicht von den mühsam aus der Erde gewonnenen und wieder in die Erde oder einen Keller verlochten Goldhaufen erhält. Vorläufig verursacht allein die Goldübernahme durch den Bund — nach dem Bericht des Bundesrates auf Seite 20 — eine jährliche Ausgabe von rund 20 Millionen nur für Zinsen. Der Bundesrat schreibt deshalb auf Seite 22 des Berichtes in Übereinstimmung mit uns:

> «Wenn man den Kampf gegen die Preissteigerung fortsetzen will — was unserer Ansicht nach unerläßlich ist — müssen neue Maßnahmen sowohl finanz- wie wirtschaftspolitischer Art getroffen werden. Da das Bundesbudget die Kosten der Goldübernahme nicht weiter tragen kann, müssen andere Möglichkeiten gefunden werden, um einer Vermehrung des Geldvolumens entgegenzuwirken.»

Unseres Erachtens ist die eingesessene Firmen bevorzugende, dagegen Neulinge benachteiligende, schikanöse Importkontingentierung keine Lösung des Problems. Wenn in Firmen, die sich um die Ausfuhrkontingente bewarben, Angestellte tage-, ja wochenlang Zollquittungen zusammensuchen mußten, hätte diese Mühe und Arbeit erspart und die Arbeitszeit für nützlichere Zwecke verwendet werden können.

Richtig ist, daß das Goldproblem nicht einfach durch die Abgabe von Gold gelöst werden kann. Wenn an Stelle von Banknoten Gold als Zahlungsmittel verwendet wird, wird, wie das der Bundesrat auf Seite 22 ganz richtig feststellt, die Menge des zirkulierenden Geldes und damit die Inflationswirkung von der Geldseite her nicht verringert. Noch hereinkommendes Gold müßte vorläufig noch sterilisiert werden, dann aber müßte die Bindung an das Gold, wie in England und in andern Ländern, aufgegeben werden. Sodann müßte durch Anleihen Geld abgeschöpft und die Geldemission und der Geldumlauf dem Warenangebot angepaßt werden.

Zur Vollständigkeit bleibt nur abschließend noch darauf hinzuweisen, daß auch unsere Preiskontrolle — so sonderbar das klingen mag — indirekt zur Teuerung beiträgt. Wenn heute ungehindert zu wesentlich höheren als von der Preiskontrolle für das Inland bewilligten Preisen exportiert werden kann, besteht die Gefahr und hat das zur Folge, daß im Inland dringend benötigte Artikel nicht oder nur schwer und erst nach langem Warten erhältlich sind, denn die Firmen können nicht gezwun-

gen werden, den Inlandmarkt zu den von der Preiskontrolle vorgeschriebenen, wesentlich niedrigeren Preisen zu beliefern. Kleineren, nicht so gut eingerichteten Firmen, die sich mit der Produktion solcher Artikel befassen, müssen dann den höheren Produktionskosten entsprechend höhere Preise zugestanden werden. So trägt auch die zur Bremsung der Teuerung geschaffene Preiskontrolle indirekt zur Erhöhung der Preise bei.

Gestützt auf alle diese den Tatsachen entsprechenden Feststellungen und das vom Bundesrat auf Seite 22 des Berichtes selber abgelegte Geständnis, daß neue Maßnahmen sowohl finanz- wie wirtschaftspolitischer Art getroffen werden müssen, ersuchen wir den Bundesrat um die gewünschte Auskunft, ob er nicht mit uns der Ansicht ist, daß 1. diesen Export aufblähenden und unsere Preise steigernden Clearing- und Wechselkurse aufzuheben und 2. unter möglichster Stabilisierung der Inlandkaufkraft des Frankens so weit als möglich die Kaufkraftparität anzupassen sind?

Herr Bundesrat Nobs hat diese Feststellungen und Tatsachen nicht bestritten und nicht widerlegt. Er stellte im Gegenteil Übereinstimmung der Zielsetzung fest. Da die Änderung und die Festsetzung der Wechsel- und Clearingkurse immer das Einverständnis zweier Regierungen voraussetze, liege es nicht in unserer Macht, sie zu ändern. Ich hätte im Herbst 1946 im «Schweizer Jungbauer» selber geschrieben, daß das Problem in dem großen Währungschaos nicht einfach durch eine Aufwertung gelöst werden könne. Das Beispiel und die Erfahrungen Schwedens hätten gezeigt und bewiesen, daß der Bundesrat gut getan habe, wenn er nicht aufgewertet habe. Bei aller Anerkennung der Übereinstimmung in der Zielsetzung lehne es der Bundesrat ab, seine bewährte Währungs- und Wechselkurspolitik zu ändern und sich auf folgenschwere Experimente einzulassen. Dazu habe er keinen Grund, nachdem ich auch nicht gezeigt und gesagt hätte, was getan werden müßte und wie das Währungschaos auf der Welt behoben werden könne.

Das veranlaßte uns, vor dem Rat was folgt festzustellen und zu sagen:

1. Herr Bundesrat Nobs hat nicht widerlegt und nicht widerlegen können, daß wir uns noch viel mehr als im Jahre 1925,

als es der Bundesrat im «Schweizerischen Handelsamtsblatt» vom 6. Juli selber feststellte und zugab, in der Zwangslage befinden, entweder die nicht den Kaufkraftparitäten entsprechenden Wechsel- und Clearingkurse zu ändern oder die verhängnisvollen Preisbewegungen im Ausland mitzumachen, wenn die Spannungen und Eldorados für Schieber und Spekulanten nicht weiter bestehen und neue entstehen sollen.

2. In der Begründung habe ich gesagt, daß die Disparitäten so groß und so unterschiedlich sind, daß sie nicht einfach durch das Mittel der Aufwertung ausgeglichen werden können, sondern einzeln angepaßt werden müssen, bis sie der Kaufkraftparität entsprechen.

3. Da die Indizes in den einzelnen Ländern verschieden berechnet werden, müßten bessere Vergleichsbasen geschaffen und dazu vielleicht unsere Handelsattaches mehr eingespannt werden.

4. Werden die unumgänglichen Korrekturen der Wechselkurse nicht entsprechend der Kaufkraft der entwerteten Währungen vorgenommen, muß damit gerechnet werden, daß Syndikate die Kurse der Kaufkraft entsprechend festsetzen und auf dieser Basis offizieller, nicht stimmender Wechselkurse hin oder her miteinander verkehren und handeln, wie das überdies heute zum Teil schon zwischen Frankreich und der Schweiz geschieht.

---

**Kraftvolle Menschen lieben, was ihre Kraft anstrengt. Aber alle Schwächlinge lieben es nicht, solche Männer in ihrer Mitte zu haben.**

Pestalozzi

---